

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Christian Görke, Susanne Hennig-Wellsow, Ina Latendorf, Ralph Lenkert, Christian Leye, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Victor Perli, Bernd Riexinger, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

Infrastrukturprojekte im Bereich Schiene in Mittelsachsen

Nach Medienberichten (u. a. <https://www.freiepresse.de/nachrichten/sachsen/linie-von-chemnitz-nach-leipzig-bahn-ausbau-nicht-komplett-zweigleisig-artikel11776279>) hat die Deutsche Bahn AG die Planungsleistungen für den Ausbau der Schienenstrecke zwischen Leipzig und Chemnitz ausgeschrieben und nur ein Teil der Strecke soll zweigleisig ausgebaut werden. Zugleich wird auf laufende eisenbahnwissenschaftliche Untersuchungen verwiesen, aus denen sich weiterer Ausbaubedarf ergeben könne.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Streckenkilometer werden auf der Strecke Leipzig–Chemnitz ausgebaut, und wie viele davon ein- bzw. zweigleisig (bitte jeweilige Streckenabschnitte mit benennen bzw. Planungsunterlagen beifügen)?
2. Welche Gründe sprechen gegen den zweigleisigen Ausbau der in Frage 1 genannten, als eingleisig geplanten, Streckenabschnitte?
3. Wie unterscheiden sich der Ausbau in der angedachten Form und der nahezu vollständige zweigleisige Ausbau hinsichtlich der Kosten, der Dauer der Ausbaurbeiten und der möglichen Taktung auf der Strecke?
4. Welche Fragestellungen werden mit den noch laufenden eisenbahnwissenschaftlichen Untersuchungen verfolgt, insbesondere hinsichtlich der Frage der Zweigleisigkeit der Strecke?
5. Wann ist mit dem Abschluss der eisenbahnwissenschaftlichen Untersuchungen und mit einem Beschluss über den Umfang der Ausbaurbeiten zu rechnen?
6. Welche Rolle spielt eine Anbindung der Stadt Rochlitz (Reaktivierung der Strecke Bogendreieck Narsdorf–Rochlitz) in den bisherigen Planungen?
7. In welcher Höhe übernimmt der Bund Kosten des Ausbaus der Strecke Leipzig–Chemnitz?

8. Wann ist die Fertigstellung der Ausbaurbeiten geplant?

Berlin, den 26. Januar 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion